

### **Reform des Taxigewerbes (3.3.2007, Antragsteller: Kreisvorstand)**

Das Taxigewerbe ist durch einen über 40 Jahre alten und in vielen Bereichen überholten Ordnungsrahmen gebunden. Die Bestimmungen im Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und in der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) müssen daher dringend überarbeitet werden. Als besonders wichtige Verbesserungen fordert die FDP Düsseldorf:

1. Einen Personenbeförderungsschein (P-Schein) einzuführen, der auf der Vorderseite das obligatorische Lichtbild, den Namen und Vornamen des Fahrers sowie die Nummer des P-Scheins mit Gültigkeitsdauer ausweist und dass die Vorderseite des neuen P-Scheins vorne am Armaturenbrett für jeden Fahrgast sichtbar anzubringen ist.
2. Eine Änderung des jetzt gültigen § 13 Abs. 4 PBefG, so dass die Genehmigungsbehörden in die Lage versetzt werden, bei einem gravierenden Überangebot Anträge auf Erteilung weiterer Taxikonzessionen nur noch auf Zeit (z.B. 5. Jahre) zu vergeben und diese durch die Behörden zu versteigern.
3. Die Zugangsregelungen zum Taxigewerbe dahin gehend zu modifizieren, dass Taxifahrer eine dreimonatige Ausbildung durchlaufen und gute deutsche Sprachkenntnisse für Taxifahrer zwingend vorgeschrieben werden. Im Rahmen der Ausbildung sind Ortskenntnisse, Erste-Hilfe-Kenntnisse, Deeskalationsverhalten und Servicementalität zu unterrichten und zu prüfen.

Der FDP-Kreisverband Düsseldorf fordert die FDP-Bundestagsfraktion auf, sich für die entsprechenden Gesetzesänderungen einzusetzen.

### **Neue Landskrone (3.3.2007, Antragsteller: Kreisvorstand)**

Die FDP Düsseldorf begrüßt die städtebauliche Umgestaltung der Innenstadt „Neue Landskrone“ durch die Planung des ‚Kö-Bogens‘ und bittet die FDP-Ratsfraktion vor dem Ratsbeschluss über den ersten Bauabschnitt ‚Kö-Bogen‘ sich für die Umsetzung folgender Punkte einzusetzen:

1. Ausweisung aller Baufelder die bei Realisierung des zweiten Bauabschnitts entstehen.
2. Erstellung und Beschluss eines verbindlichen Zeitplans für die Realisierung des zweiten Bauabschnitts.
3. Anhörung aller interessierten Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger welche Erwartungen sie an Gestaltung und Aufenthaltsqualität des Kö-Bogen Areals (erster und zweiter Bauabschnitt) haben.
4. Beschluss des Rates über die gewünschte Architektur, Nutzung und erstrebte Aufenthaltsqualität für das Kö-Bogen Areal (erster und zweiter Bauabschnitt) – natürlich unter Einbeziehung der Bürgerwünsche.
5. Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Umsetzung des Ratsbeschlusses.

Weiter spricht sich die FDP-Düsseldorf dafür aus, die Möglichkeiten einer Untertunnelung des Hofgartens für den Auto-Verkehr ab Maximilian-Weyhe-Allee weiter zu untersuchen und zu forcieren.

Eine Tieferlegung der Nord-Süd-Straßenbahn am Jan-Wellem-Platz lehnt die FDP Düsseldorf aufgrund der hohen Kosten (geschätzte 120-130 Mio. Euro) bei vergleichsweise geringem Nutzen ab.

### **Neues Kindergartengesetz / GTK (3.3.2007, Antragsteller: Ortsverband 07)**

Der Kreisverband Düsseldorf bittet die FDP-Landtagsfraktion bei der Reform des Gesetzes „Tagesstätten für Kinder“ die Situation der Großstädte mehr zu berücksichtigen. Es muss befürchtet werden, dass das vorgesehene Finanzierungsmodell die heutigen Betriebskosten für Tagesstätten für Kinder in Großstädten nicht decken wird, sondern zu einer 20% bis 40%igen Kürzung an Fördermitteln in den großen Kommunen führt. Der Kreisverband bittet die FDP-Landtagsfraktion diese ungerechten Kürzungen zu verhindern.

### **Gemeindeordnung (3.3.2007, Antragsteller: Manfred Neuenhaus)**

1. Der vom Innenministerium vorgelegte Referentenentwurf zur Reform der Gemeindeordnung NRW wird grundsätzlich begrüßt.
2. Entsprechend den Festlegungen im Koalitionsvertrag zwischen FDP und CDU wird erwartet, kommunale Kooperation für die Zukunft vollständig zu öffnen, insbesondere den Städten und Gemeinden, die in Zukunft Aufgaben und Strukturen gemeinsam erledigen wollen gesetzlich in der Gemeindeordnung und ausdrücklich zu garantieren, dass ihre Kooperationsbereitschaft nicht als Vorstufe einer neuerlichen kommunalen Gebietsreform und damit zu einem Verlust der Selbständigkeit wie in den zurückliegenden siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts führen wird.
3. Bei der Verteilung/Zuordnung der Geschäftskreise der Beigeordneten darf die Rolle des Rates nicht unvertretbar beschnitten werden; entsprechend dem Gutachten der Expertenkommission aus dem Jahre 2002 kann eine Gesetzesänderung nur dann in Frage kommen (§ 74 GO), wenn eine gegenseitige Einvernehmensregelung zwischen Oberbürgermeister und Rat in die GO eingefügt wird.

### **Keine Kriminalisierung von Dopingsportlern – aber bessere Organisation im Anti-Doping-Kampf (3.3.2007, Antragsteller: Junge Liberale)**

Periodisch kommen in Presse und Politik Forderungen nach einem so genannten Anti-Dopinggesetz auf. Hiernach soll ein neuer Straftatbestand des „Sportbetruges“ geschaffen werden, nach dem die den Doping-Codes nicht entsprechende Mittel einnehmende und dies verheimlichende Sportler selbst einer staatlichen Bestrafung aussetzen. Die FDP Düsseldorf erteilt solchen Forderungen nach einer Kriminalisierung von dopenden Sportlern eine Absage.

Eine solche Umsetzung würde die Autonomie des Sportes und der Sportverbände aushöhlen, zu der auch die Durchsetzung eigener Regeln gehört. Zudem erlaubte das dann zwingend durchzuführende Ermittlungsverfahren und die Justizförmigkeit des Prozesses es den Betroffenen, sich auf ihre Beschuldigtenposition zurückzuziehen und bürdete die schwierige Beweisführung komplett der Anklagebehörde auf. Damit stünden die Verdächtigen sogar noch besser als nach dem heute geltenden WADA-Kodex, der ihnen umfangreiche Mitwirkungspflichten auferlegt.

Gleichzeitig erkennt die FDP Düsseldorf an, dass das Verfahren in Dopingfällen bei einigen Sportverbänden mangelhaft ist. Die von den Organen des Sports aufgestellten Regeln müssen auch im Interesse des zahlenden Publikums gleichmäßig und ohne verbandspolitischen Druck durchgeführt werden. Die FDP Düsseldorf fordert deswegen die Sportverbände und den Deutschen Olympischen Sportbund auf, im Sinne einer verbesserten Transparenz ihre Bemühungen im Anti-Doping-Kampf zu verstärken und zu koordinieren. Auf der deutschen nationalen Ebene dürfte dabei eine wesentliche Verbesserung durch die Einrichtung eines Nationalen Sportgerichts erreicht werden; dem von den Einzelverbänden organisatorisch unabhängigen Sportgericht könnte nach dem Vorbild des Lausanner *Court d'Arbitration du Sport* eine Revisionszuständigkeit gegen Entscheidungen der Organe der Einzelverbände oder eine ausschließliche Zuständigkeit für Dopingfragen beigelegt werden.

### **Immobilien (3.3.2007, Antragsteller: Fred Suchantke)**

Die Ratsfraktion wird gebeten, nachfolgenden Antrag sinngemäß im Rat der Stadt Düsseldorf einzubringen:

Der Rat der Stadt Düsseldorf möchte nachfolgende Frage untersucht und beantwortet wissen und beauftragt hierzu eine noch zu benennende Unternehmensberatung oder Institut:

Kann das Übertragen der Eigentumsverhältnisse dieser vorgefundenen Immobilien auf eine Gesellschaft, z.B. der Städtischen Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG, Vorteile für die Bewirtschaftung dieser Immobilien bringen?

## **Konzept für den Burgplatz (22.11.2007, Antragsteller: Stefan Rosenthal)**

### Freiheit bewahren

- Die FDP Düsseldorf spricht sich gegen ein generelles oder zeitlich begrenztes Alkoholverbot am Burgplatz aus. Dadurch werden Probleme nur verlagert, aber nicht gelöst.
- Ausdrücklich begrüßt die sie die Haltung des Düsseldorfer Polizeipräsidenten, am Burgplatz keine Videoüberwachung einzurichten.
- Im Gegensatz zu Platzverweisen (bis zu 24 Stunden) sollen Aufenthaltsverbote (bis zu 6 Monate) weiterhin nur durch die Polizei und nicht durch kommunale Ordnungsdienste wie den OSD ausgesprochen werden können. Ein solch weitreichender Eingriff in die Freiheitsrechte darf nur durch Kräfte, die eine entsprechende Ausbildung erhalten haben, ausgeübt werden. Dies ist beim OSD nicht der Fall. Die FDP-Landtagsfraktion und der Innenminister werden daher aufgefordert, sich für eine Beibehaltung der bisherigen Regeln einzusetzen.

### Sicherheit gewährleisten

- Die FDP Düsseldorf spricht sich für eine erhöhte Polizeipräsenz am Burgplatz aus. Auch die Einrichtung einer gemeinsamen Wache von Polizei und OSD am Burgplatz sollte geprüft werden, um im Bedarfsfall schnell reagieren zu können. Dies ist viel effektiver als eine Videoüberwachung, die Sicherheit vortäuscht, wo aber im Ernstfall schnelles Eingreifen der Polizei nicht gewährleistet ist.
- Ferner spricht sich die FDP für ein konsequenteres Einschreiten der Polizei in Fällen von Ruhestörungen, Belästigungen, übermäßigem Alkoholkonsum etc. aus. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen dazu sind vorhanden und müssen nur genutzt werden.
- Auch in den „Problemzonen“ der übrigen Stadtteile (z.B. Eller, Holthausen, Garath) spricht sich die FDP für eine stärkere Polizeipräsenz und konsequenteres Eingreifen aus.
- Für einen zusätzlichen Sicherheitsgewinn kann ein gut ausgebildeter OSD sorgen. Deshalb sind die Standards in der Personalauswahl sowie die Ausbildungsdauer und -inhalte umgehend zu verbessern, insbesondere im Bereich Konfliktmanagement.
- Eine bessere Beleuchtung des Burgplatzes und der umliegenden Straßen kann zudem dazu beitragen, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger zu erhöhen.
- Die FDP ist bereit, entsprechende notwendige Mehrkosten im Haushalt zu berücksichtigen.